

Betriebsräteerklärung zur Angleichung der Arbeitszeit Ost



Die IG Metall ist auf dem Weg zur „35-Stundenwoche im Osten“ einen weiten Weg gegangen. Zu Beginn des Jahres 2018 stand die totale Verweigerung der Arbeitgeber. Mit einer Gesprächsverpflichtung hatte die IG Metall mit Abschluss der Tarifrunde ein erstes Zwischenziel erreicht.

Unsere klare Aussage dazu war: Es muss eine Lösung dieser wichtigen Frage auf der Ebene des Flächentarifvertrags geben, sonst wird die IG Metall das Thema Betrieb für Betrieb durchsetzen. Die Automobilhersteller und die großen Zulieferer sehen wir dabei als Erste in der Verantwortung.

Wir halten an unserem Ziel unbeirrt fest. Fast 30 Jahre nach der staatlichen Einheit Deutschlands gibt es kein Argument, in der Metall- und Elektroindustrie bei der Arbeitszeit mit zweierlei Maß zu messen. Das ist eine Frage der sozialen Einheit. Die Arbeitgeber müssen sich entscheiden. Die IG Metall bietet einen flexiblen Weg an – mit einer schnellen Einführung für die stärkeren Unternehmen und längeren Zeiträumen für die schwächeren Unternehmen. Wir wollen eine Lösung für alle im Flächentarifvertrag, das ist ordnungspolitisch sinnvoll und gerecht.

Im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen wurde nach konstruktiven Gesprächen mit dem Arbeitgeberverband Berlin-Brandenburg am 16. November 2018 ein Eckpunktepapier unterschrieben. Dieses Papier bietet die Grundlage für Verhandlungen, um im ersten Halbjahr 2019 eine flächentarifliche Lösung unter Friedensbedingungen zu erzielen.

Die Umsetzung dieser Eckpunkte wurde auf Intervention von mächtigen westdeutschen Arbeitgeberverbänden und Gesamtmetall aufgeschoben.

Hiermit appellieren wir an den Vorstand und die Geschäftsführung unseres Unternehmens, sich dafür einzusetzen, dass die west- sowie die ostdeutschen Arbeitgeberverbände im Kontext von Gesamtmetall die Blockadehaltung gegen die vereinbarten Eckpunkte aufgeben und die Aufnahme von Verhandlungen konstruktiv begleiten.